

Deutsche Verfassungsgeschichte

Willoweit / Schlinker

8., überarbeitete und wiederum erweiterte Auflage 2019

ISBN 978-3-406-72635-4

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Willoweit/Schlinder
Deutsche Verfassungsgeschichte


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Deutsche Verfassungsgeschichte

Vom Frankenreich bis zur
Wiedervereinigung Deutschlands

Ein Studienbuch

Mit einer Zeittafel und einem Kartenanhang

von

Dr. Dr. h. c. Dietmar Willoweit

em. o. Professor an der Universität Würzburg
Weiland Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

und

Dr. Steffen Schlinker

Professor an den Universitäten Würzburg und Greifswald,

8. überarbeitete und wiederum erweiterte Auflage, 2019



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72635 4

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Gewidmet den mutigen Menschen in Leipzig,
die vor dreißig Jahren, am 9. Oktober 1989,
der sozialistischen Staatsmacht die Stirn boten


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 8. Auflage

Der Vorschlag dieses Buches, unter der „Verfassung“ eines Staates diejenigen rechtlichen Regeln und Strukturen zu verstehen, die das Gemeinwesen mit seiner politischen Ordnung prägen (u. § 1 Rn. 3), hat in der Wissenschaft vielfach Zustimmung gefunden. Zugrunde liegt die Überzeugung, dass organisierte, also kooperierende Gesellschaften zur Bewahrung ihrer Stabilität stets auch verbindlicher Verfassungsverhältnisse in diesem Sinne bedürfen, mögen diese noch auf zwischenmenschlichen Vereinbarungen beruhen oder schon durch Herrschaft und eine Staatsgewalt bestimmt sein. Daher bleibt es eine unverzichtbare Aufgabe der Wissenschaft, das Ganze der deutschen Verfassungsgeschichte von ihren Anfängen bis zur Gegenwart in den Blick zu nehmen, reichen viele Wurzeln unserer Gegenwart doch tief in die Vergangenheit hinein.

Die vorliegende, erneut aktualisierte Auflage nimmt in mehrfacher Hinsicht neuere Forschungsergebnisse auf. So zu einem rechtshistorisch angemessenen Begriff des Rechts, zum mittelalterlichen Lehenswesen, zum Polizeibegriff des 19. Jahrhunderts, der in der monarchischen Regierungspraxis noch sehr viel länger, als bisher behauptet, von Fernwirkungen der „guten Policey“ beeinflusst war und den Übergang zur jüngeren Sozialpolitik ebenso wie die Bildungs- und letztlich Wissenschaftsförderung vorbereitet hat. Erheblich erweitert wurde nunmehr in einem eigenen Paragraphen die Darstellung der Wiedervereinigung Deutschlands, deren historisches Gewicht in der neuesten Geschichte Europas nicht hoch genug einzuschätzen ist. Die Widmung dieses Buches erinnert daher an den Beginn der Revolution in der DDR, der die Nation die Rückgewinnung ihrer Einheit verdankt.

Erfreulich ist das anhaltende Interesse des Verlages an diesem Werk, dessen Fortdauer nun gesichert ist. Dank sei daher unserem Lektor gesagt, Herrn Dr. Johannes Was-muth, dessen Rat und Unterstützung seit vielen Jahren Mut machten, das anspruchsvolle Vorhaben fortzuführen. Zu danken ist aber auch den Helfern des Greifswalder Lehrstuhlteams, Frau Anne Tiede, peritus iuris Johannes Fitzke, cand iur. Johann van Dyk, cand iur. Razmik Batoyan und cand iur. Frederik Looft.

Würzburg/Greifswald im Juni 2019

Dietmar Willoweit, Steffen Schlinker

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 3. Auflage

Einer kurzen Erläuterung bedarf die Auswahl und Einordnung der Literatur zur Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik. Die Literaturhinweise dieses Buches unterscheiden jeweils zwischen zeitgenössischer und historisch analysierender Literatur. Ich habe versucht, diese Unterscheidung auch für die 40 Jahre der westdeutschen Bundesrepublik aufrechtzuerhalten, obwohl natürlich die bis 1990 publizierten historischen Untersuchungen selbst Zeitzeugnisse sind. Es macht indessen einen Unterschied, ob systematisch über die richtige Lösung eines Verfassungsproblems nachgedacht oder schon der Versuch unternommen wurde, eine Verfassungsentwicklung historisch zu verstehen. Über die Zuordnung mag man im Einzelfall streiten. An der Unterscheidung selbst habe ich aber schon um der methodischen Schulung des Lesers willen festgehalten. Eine weitere Schwierigkeit bei der Beurteilung der Literatur ergab sich aus dem Umstand, daß die Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik von Anbeginn von einem Diskurs über Verfassungsentwicklung und Rechtspolitik begleitet war. Dieses weder als rechtsdogmatisch noch als rechtshistorisch einzuordnende Schrifttum wurde bei § 44 gesondert aufgeführt.

München und Würzburg, Anfang Juni 1997

Dietmar Willoweit



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Verfassungsgeschichte ist die Geschichte der rechtlichen Regeln und Strukturen, die das Gemeinwesen und damit die politische Ordnung prägen. Sie erschließt den historischen und politischen Horizont, innerhalb dessen der Jurist in Staat und Gesellschaft handelt. Auf Vorlesungen über Deutsche Verfassungsgeschichte und Lehrbücher dieser Disziplin kann die juristische Ausbildung daher nicht verzichten. Viele der vorliegenden Werke sind aber, im Vergleich mit dem gegenwärtigen Forschungsstand, sowohl in ihrer Konzeption wie auch inhaltlich veraltet. Das hiermit vorgelegte Buch versucht, einen Beitrag zu der notwendigen Reorganisation des Faches zu leisten. Es will dabei nicht mehr sein als ein Studienbuch, den Stoff also lesbar, verstehbar und lernbar vermitteln. Auf einige Besonderheiten der Darstellung sei vorab aufmerksam gemacht.

Aufgegeben wurde die in der bisherigen Literatur weitverbreitete Trennung der „Verfassungsgeschichte der Neuzeit“ von einer „Mittelalterlichen Verfassungsgeschichte“. Diese Unterscheidung und mit ihr die Epochengrenze um 1500 ist sachlich nicht gerechtfertigt, weil wesentliche Elemente des neuzeitlichen Staates im Mittelalter entstanden sind. Zu erweitern war das Blickfeld auch insofern, als nicht nur die übergreifenden Institutionen, sondern – im Sinne des vorangestellten Verfassungsbegriffs – möglichst auch die gesellschaftsnahen Verfassungsebenen Berücksichtigung finden sollten. Dabei besteht freilich hinsichtlich der Neuzeit ein Nachholbedarf, der nicht auf einmal bewältigt werden kann. Das dem Autor wichtigste Anliegen war jedoch, die stete Entwicklung der sich allmählich ändernden Rechtslagen und Rechtsüberzeugungen deutlich zu machen. Aus diesem Grunde schreitet die Darstellung in relativ kleinen zeitlichen Schritten voran. Die wenig befriedigende Konsequenz, viele und manchmal zufällige Jahreszahlen zur Markierung des historischen Wandels verwenden zu müssen, war als das geringere Übel in Kauf zu nehmen.

Einer Erläuterung bedürfen die Literaturhinweise. Sie mußten einerseits aus Raumgründen begrenzt bleiben und sollten sich andererseits auch auf die wichtigste Literatur beschränken, um dem Studenten die Orientierung zu erleichtern. Ich habe mich dafür entschieden, in erster Linie die neuere Literatur zu berücksichtigen. Bekannte ältere Titel, auch Standardwerke, wird mancher Leser vermissen. Sie sind jedoch regelmäßig über das angegebene Schrifttum einfach zu erreichen. Unerwähnt bleiben mußten in großem Umfang allgemeineschichtliche Darstellungen, obwohl sie vielfach Verfassungsfragen behandeln. Ich habe sehr oft auch darauf verzichtet, Einzeltitel aus Sammelbänden aufzuführen. Diese erscheinen überwiegend nur unter dem Namen des Herausgebers. Nicht aufgeführt sind mit Rücksicht auf die enger angelegte Konzeption des Buches Arbeiten zur vergleichenden Verfassungsgeschichte. Schließlich war bei Quelleneditionen und staatsphilosophischen Werken auf leichte Zugänglichkeit für Studenten der Rechtswissenschaft zu achten. Insgesamt können die Literaturhinweise daher nur einen Ausschnitt bieten. Dieser allerdings wurde sorgfältig durchdacht, um den Studierenden den kürzesten Weg zu modernen Fragestellungen und Methoden zu eröffnen. Publikationen des Jahres 1989 konnten nur noch ausnahmsweise berücksichtigt werden.

Eine Reihe von Kollegen hat die Mühe auf sich genommen, jeweils große Teile des Manuskripts zu lesen. Für freundschaftlichen Rat und anregende Kritik danke ich Klaus Adomeit (Berlin), Harm-Hinrich Brandt (Würzburg), Bernhard Diestelkamp (Frankfurt), Hasso Hofmann (Würzburg), Volker Press (Tübingen), Rolf Sprandel (Würzburg) und Michael Stolleis (Frankfurt). Ein herzlicher Dank gilt den engagierten Mitarbeitern, meinem langjährigen Assistenten Assessor Harry Schlip und meiner Sekretärin Frau Petra Bader, Frau Dr. phil. Gertrud Mlynarczyk, Herrn Wolfgang Frh. v. Eyb, M. A. und Herrn Thomas Schindler, M. A., ferner stud. iur. Volker Halbleib, stud. iur. Martina Hanke und stud. iur. Udo Schneider.

Würzburg, am 14. Juli 1989

Dietmar Willoweit


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Verzeichnis abgekürzt zitierter Zeitschriften, Reihen und Quellen- sammlungen	XXXV

Einleitung. Gegenstand und Methode

§ 1. Verfassungsbegriff und Verfassungsgeschichte	1
I. Der Verfassungsbegriff der Staatsrechtslehre	1
II. Das historische Verfassungsverständnis	2
1. Vorschlag einer Definition	2
2. Recht als Merkmal der Verfassung	2
3. Verfassung als Ordnung des Gemeinwesens	3
§ 2. Grundfragen der Verfassungsgeschichtsschreibung	4
I. Entwicklungsstufen der Methodenreflexion	4
1. Das Problem des hermeneutischen Zirkels	4
2. Die „Staats- und Rechtsgeschichte“ des 19. Jahrhunderts	5
3. Die neuere Methodenkritik	5
II. Methodische Überlegungen zu einer „Deutschen Verfassungsgeschichte“	7
§ 3. Forschungsstand und Aufbau der Darstellung	8
I. Grundriss der Forschungsgeschichte im Spiegel der Literatur	8
1. Vorbemerkung	8
2. Die ältere „Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte“	9
3. Die „Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit“	9
4. Die neuere „mittelalterliche Verfassungsgeschichte“	11
5. Neuere Gesamtdarstellungen der deutschen Verfassungsgeschichte	12
6. Verfassungsgeschichte in neueren Darstellungen der Deutschen Rechtsgeschichte	13
7. Die zunehmende Bedeutung der Lexika und Handbücher	14
8. Quellensammlungen	15
II. Epochen- und staatenübergreifende Studien	16
1. Zur jüngeren Entwicklung der Forschung	16
2. Längsschnittuntersuchungen zu Aspekten der deutschen Verfassungsgeschichte	17
3. Literatur zur partikularen deutschen und ehemals deutschen Verfassungsgeschichte	19
4. Literatur zur vergleichenden Verfassungsgeschichte	20
III. Zur Konzeption des vorliegenden Buches	22
1. Aufbau	22
2. Zur Auswahl weiterführender Literatur	24

1. Teil. Vom Personenverband zur Reichsorganisation

1. Kapitel. Ausklang der Spätantike im fränkischen Reich (482–843)	27
§ 4. Älteste Grundlagen der deutschen Verfassungsgeschichte	27
I. Innergesellschaftliche Verfassungsbildung	27
II. Fränkische Herrschaftsbegründung auf römischem Reichsgebiet	28
III. Einflüsse römischer Verwaltungspraxis	29
1. Amtsstellungen	29
2. Gesetzgebung	30
3. Landleihe, Grundherrschaft, Münz- und Zollwesen	30
4. Die römische Kirche	31
§ 5. Das fränkische Königtum und die Kaiserwürde Karls des Großen	31
I. Das fränkische Königtum	33
1. Das Königsheil	33
2. Die Königswahl	34
3. Aufgaben des Königtums	34
4. Das Kaisertum	35
5. Teilungen des Reiches	36
II. Verfassungsstrukturen	37
1. Der personale Charakter der Herrschaftsbeziehungen	37
2. Der königliche Hof	37
3. Herzöge und Markgrafen	38
4. Grafschaften	38
5. Königsboten	40
6. Kirchliche Immunitäten	40
7. Leihverhältnisse und Lehnswesen	40
III. Elemente der Herrschaftspraxis	41
1. Recht, Gericht und Rechtsaufzeichnungen	41
2. Die Kapitularien	42
2. Kapitel. Höhepunkt und Zerfall weltlich-kirchlicher Herrschaftseinheit (843–1137)	43
§ 6. Vom ostfränkischen zum deutschen Reich	43
I. Teilung und Einheit des Frankenreiches	43
1. Westfranken, Ostfranken, Lotharingen	43
2. Die Frage nach der „Entstehung des Deutschen Reiches“	44
II. Das Reich der Deutschen	45
1. Herrschaftsräume und Einflußzonen	45
2. Benennung und Selbstwahrnehmung	45
§ 7. Die Herrschaftsordnungen	47
I. Herrschaftselemente	48
1. Germanische Überlieferungen	48
2. Adelherrschaft	49
3. Haus- und Grundherrschaft	50
4. Gerichtsbarkeit	51
5. Recht in schriftloser Gesellschaft	51
II. Das Königtum	52
1. Aufgaben und Verständnis des Königtums	52

2.	Die Königserhebung	52
3.	Die Stellung der Herzöge	54
4.	Die Herrschaftsschwerpunkte des Königtums und die Ausdehnung des Reiches	55
5.	Personale Herrschaftsverhältnisse: Vasallen, Kaufleute, Juden . .	56
6.	Die Reichskirche	57
III.	Anfänge der mittelalterlichen Friedensbewegung	58
§ 8.	Das universale Kaisertum und der Konflikt mit dem Papsttum	59
I.	Die Stellung des Kaisers	59
1.	Der Kaisertitel	59
2.	Rechte des Kaisers	60
II.	Der Kaiser und das Papsttum	61
1.	Die kirchliche Reformbewegung	61
2.	Die „Konstantinische Schenkung“	61
3.	Päpstliche Schutzprivilegien	62
III.	Der Investiturstreit	62
1.	Ziele und Erfolge der päpstlichen Politik	62
2.	Das Wormser Konkordat	63
3. Kapitel.	Der Durchbruch rationaler Verfassungsorganisation unter den staufischen Herrschern (1138–1254)	64
§ 9.	Verfassungspolitik unter dem Einfluß römischen Rechtsdenkens: Die Zeit Friedrichs I. Barbarossa und Heinrichs VI.	64
I.	Die Legitimation monarchischer Herrschaft	65
1.	Die Heiligkeit des Reiches	65
2.	Einflüsse des römischen und kanonischen Rechts	66
II.	Herrschaftsmittel und -strukturen	67
1.	Hierarchisches Verfassungsdenken	67
2.	Der Erbreichsplan Heinrichs VI.	67
3.	Reichsfürsten	68
4.	Landfriedensgesetzgebung	69
5.	Reichsministeriale	69
6.	Reichsgut	70
7.	Städtepolitik	70
8.	Die territoriale Ausweitung des Reiches	71
§ 10.	Anfänge flächenstaatlicher Entwicklungen: Die späte Stauferzeit	71
I.	Das Kaisertum Friedrichs II.	72
1.	Die Persönlichkeit des Kaisers	72
2.	Die römische Tradition	72
3.	Der universale Anspruch des Kaisertums	73
4.	Religionspolitik	74
II.	Territorialpolitische Maßnahmen Friedrichs II.	74
1.	Die Gesetzgebung für das sizilische Erbe	74
2.	Die Fürstenprivilegien	75
3.	Die Begründung neuer Fürstentümer	76
4.	Der Mainzer Reichslandfrieden und die kaiserliche Landfriedenspolitik	77
III.	Der Untergang der staufischen Dynastie	77

IV. Wandlungen der Rechtsordnung	78
1. Das gelehrte Recht und die Anfänge der Rezeption	78
2. Schriftlichkeit des einheimischen Rechts	78

2. Teil. Reichsordnung und Staatsbildung

1. Kapitel. Wahlkönigtum und Ausbau der Landesherrschaft im späten Mittelalter (1254–1410)	80
§ 11. Die Kurfürsten und der Dualismus von Kaiser und Reich	80
I. Die Kurfürsten als Königswähler bis zur Goldenen Bulle	81
1. Das „Interregnum“ und die Ursprünge des Kurfürstenkollegiums	81
2. Wahlregeln und Wahlpraxis	82
II. Die Königswahl im Brennpunkt der Rechtspolitik	83
1. Die kurfürstliche Position	83
2. Der päpstliche Approbationsanspruch	83
3. Die Goldene Bulle von 1356	84
III. Der politische Anspruch des Kaisertums	85
§ 12. Politische Grundlagen und Machtmittel des Königtums	86
I. Der Herrschaftsraum	87
1. Revindikation und Veräußerung von Reichsgut	87
2. Hausgut und königsnahe Landschaften	87
3. Die Reichsfürsten	88
II. Der königliche Hof	89
1. Hofkanzlei und Hofämter	89
2. Die königliche Gerichtsbarkeit	89
III. Gesetzgebung	90
1. Landfriedenspolitik	90
2. Ansätze kaiserlicher Gesetzgebung	90
§ 13. Fürstentum und Landesherrschaft	91
I. Allgemeine Merkmale	92
1. Fürsten und Landesherren	92
2. Strukturwandel adliger Herrschaft	93
3. Politische und eigentumsrechtliche Motive der Herrschaftsbildung	93
II. Herrschaftsorganisation	94
1. Herrschaftsrechte und die Entstehung lokaler Ämter	94
2. Der mittelalterliche Amtsbegriff	94
3. Erste Ansätze zentraler Verwaltungseinrichtungen	95
4. Die Entstehung der Landstände	96
5. Strukturen des Herrschaftsraumes	97
III. Die allmähliche Genese der deutschen Staatenwelt	98
1. Der altfränkische und alemannische Raum	98
2. Entwicklungen im Westen des Reiches	99
3. Bayern, Österreich und der Alpenraum	99
4. Sachsen, Friesland und die ostelbischen Territorien	100
IV. Anfänge einer Staatstheorie	101
V. Die Entstehung der Territorialhoheit im Überblick	102

§ 14.	Herrschaft und Genossenschaft in Stadt und Dorf	102
	I. Die Stadtverfassung	103
	1. Stadtbürgerliche Wertvorstellungen	103
	2. Stadtherrschaft	104
	3. Der Rat	104
	4. Innerstädtische Verfassungskämpfe	106
	5. Die Entwicklung der Stadt zur Rechtsperson	106
	II. Städtische Rechtsbildung	106
	III. Die Dorfverfassung	107
	1. Die Dorfgemeinde	107
	2. Herrschaftliche und genossenschaftliche Elemente der Dorfverfassung	108
	3. Rechtsformen der Liegenschaftsnutzung	109
	IV. Die deutsche Ostsiedlung	110
	1. Städtegründungen und Siedelrechte	110
	2. Auswirkungen auf die Herrschaftsverhältnisse in Ostmitteleuropa	111
2. Kapitel.	Die Verrechtlichung der Reichsverfassung und die Herausbildung des Obrigkeitsstaates (1410–1555)	111
§ 15.	Die Reichsreform	111
	I. Reformbedarf im spätmittelalterlichen Reich	113
	1. Der Gedanke der „Re-formation“	113
	2. Ursachen der Reformbewegung	114
	3. Reforminitiativen und Reformschrifttum	115
	4. Entwürfe für ein Reichssteuersystem	116
	5. Erfolge kaiserlicher Kirchenpolitik	117
	II. Die Reformen unter König Maximilian I. seit 1495	117
	1. Die Formierung des Reichstags	117
	2. Der Ewige Landfriede und das Reichskammergericht	117
	3. Die Reichskreise	118
	III. Die Reichsverfassung im Zeichen der reformatorischen Bewegung	119
	1. Reformation und Reichsverfassung	119
	2. Zwischen Duldung und Repression – der Weg zum mehrkonfessionellen Reich	119
	3. Reichsgesetzgebung und Reichssteuerwesen	122
§ 16.	Einungen und korporative Verfassungsformen	122
	I. Das ältere Einungswesen des 13. und 14. Jahrhunderts	123
	1. Die Einung als Verfassungsalternative	123
	2. Städtebünde	124
	3. Die „Schweizerische“ Eidgenossenschaft	124
	II. Ansätze einer Reorganisation des Reiches	125
	1. Der Schwäbische Bund	125
	2. Konfessionsbünde	125
	3. Das „Reichsbund“-Projekt Kaiser Karls V.	126
	4. Die Kurien des Reichstages	126
	5. Die Reichsritterschaft	127

§ 17.	Landesherr und Landstände im Obrigkeitsstaat	127
	I. Von der Landesherrschaft zum Territorialstaat	129
	II. Die Ratskollegien am Hofe	129
	1. Der Hofrat und sein Verfahren	129
	2. Die Hofkammer	130
	3. Hofgericht, Gerichtswesen und Strafverfolgung	131
	4. Kirchenrat und Kriegsrat	131
	III. Die Dienstverhältnisse	132
	IV. Die Landstände	132
	1. Interessen und Aufgaben	132
	2. Teilhabe am fürstlichen Rat	133
	3. Verträge zwischen Fürst und Landständen	133
	V. Verfassungspolitische Ziele im Bauernkrieg	134
	1. Der Kampf um das alte Recht	134
	2. Landständische Ideen im Bauernkrieg	134
§ 18.	Wandlungen der Rechtsordnung: Die Entstehung des Gesetzgebungsstaates	135
	I. Voraussetzungen	136
	1. Die Ausbreitung gelehrter Juristen	136
	2. Vorformen der Landesgesetzgebung	136
	II. Formen der Rechtssetzung im 15. und 16. Jahrhundert	137
	1. Rechtsbesserung	137
	2. Landes- und Polizeiordnungen	138
	III. Sozialethisch motivierte Kompetenzerweiterungen	139
	1. Das vor- und nachreformatorische Kirchenregiment	139
	2. Die reformatorischen Kirchenordnungen	140
3. Kapitel. Reich und Territorien im Zeichen des Konfessionalismus (1555–1648)		
§ 19.	Der Augsburger Religionsfrieden und die Reichsverfassung	141
	I. Der Passauer Vertrag von 1552	142
	II. Der Augsburger Reichstag von 1555	143
	1. Die Regelungen des Reichsabschieds	143
	2. Politische Ziele und Rechtsvorstellungen der Religionsparteien	144
	III. Die Reichsverfassung im konfessionellen Zeitalter	146
	1. Verfassungspolitik unter dem Einfluß des Religionsfriedens	146
	2. Verfassungspolitik im Zeichen religionspolitischer Konfrontation	147
	3. Der Streit um Säkularisationen vor dem Reichskammergericht	148
	4. Die kaiserliche Gerichtsbarkeit des Reichshofrates	149
	5. Das Versagen des Reichstages im Säkularisationskonflikt	149
	6. Intakte Funktionen des Reichstags	150
§ 20.	Die Vollendung des Obrigkeitsstaates	150
	I. Die Konfessionalisierung des Staates	151
	1. Politische Ziele und Mentalitäten	151
	2. Allgemeine Merkmale der Konfessionalisierung	152
	3. Konfessionsspezifische Strukturen lutherischer und calvinistischer Territorien	154

4.	Auswirkungen der katholischen Reform	155
II.	Strukturwandel des Gerichtswesens	156
1.	Territorialisierung der Gerichtsverfassung	156
2.	Die Durchsetzung des öffentlichen Strafanspruchs	156
3.	Funktion und Verwaltung der Stände	156
III.	Das Deutungskonzept der „Sozialdisziplinierung“	157
§ 21.	Verfassungsfragen im Dreißigjährigen Krieg und die Neuordnung des Westfälischen Friedens 1648	157
I.	Verfassungspolitische Ziele und Regelungen im Verlaufe des Krieges	158
1.	Die erste Kriegsphase (1618–1627)	158
2.	Auf dem Höhepunkt der kaiserlichen Macht (1627–1630): das Restitutionsedikt	159
3.	Vorstellungen Schwedens und Hessen-Kassels (1630–1634) . .	159
4.	Der Frieden von Prag 1635	160
II.	Der Westfälische Frieden	161
1.	Der Friedenskongreß und das Vertragswerk	161
2.	Die Regelung der Religionsfragen	162
3.	Die Regelung der Rechte des Kaisers und der Reichsstände . . .	164
III.	Das territoriale Bild des Reiches	165
4. Kapitel.	Die Landeshoheit im Rahmen der Reichsverfassung (1648–1740)	165
§ 22.	Souveränität und Landeshoheit: Die politische Theorie und Staatsrechtswissenschaft im 17. Jahrhundert	165
I.	Der Staat in der Politikwissenschaft des Humanismus	167
1.	Der Souveränitätsbegriff des Jean Bodin	167
2.	Die aristotelische Politologie des Späthumanismus	168
II.	Deutsche Verfassungsfragen in der juristischen Literatur des 17. und 18. Jahrhunderts	169
1.	Die Entstehung der wissenschaftlichen Disziplin des Ius publicum	169
2.	Das Reich im staatsrechtlichen Schrifttum	170
3.	Die Territorien im staatsrechtlichen Schrifttum	170
III.	Recht und Staat bei den Klassikern des Naturrechts	171
IV.	Der „Usus modernus“ oder die Entdeckung der Geschichtlichkeit des Rechts	173
§ 23.	Absolutismus und traditionale Herrschaftsformen	174
I.	Probleme der Absolutismusforschung	175
II.	Charakteristische Merkmale des Absolutismus	176
1.	Säkularisierung der Staatsgewalt	176
2.	Das stehende Heer	177
3.	Entwicklungspolitik und Verwaltungsreformen	177
4.	Recht zwischen Normbindung und Mißbrauch	178
III.	Der Aufstieg der deutschen Großmächte unter dem Einfluß des absolutistischen Politikverständnisses	179
1.	Brandenburg-Preußen	179
2.	Die habsburgischen Staaten	181

IV.	Landständische Strukturen deutscher Mittelstaaten	183
V.	Reichsstädte und Reichsritter	184
§ 24.	Das Reich, der Kaiser und der gemeine Mann	185
I.	Grundlagen der Reichsverfassung	187
1.	Moderne Verständnisprobleme	187
2.	Die reichsständische Libertät	187
3.	Die Reichsstandschaft	188
II.	Der Reichstag	188
1.	Die Entstehung des Immerwährenden Reichstags	188
2.	Die Sonderstellung der Kurfürsten	189
3.	Die Reichstagskollegien	189
4.	Das Beratungs- und Entscheidungsverfahren	190
III.	Das reichsständische Bündniswesen und die Kreisverfassung	190
1.	Antikaiserliche Bündnispolitik	190
2.	Reichskreise und Kreisassoziationen	191
IV.	Der Kaiser	192
1.	Lehnshoheit und Reservatrechte des Kaisers	192
2.	Verfassungspolitische Einflußmöglichkeiten	193
3.	Der Reichshofrat	193
V.	Das Reichskammergericht	194
VI.	Die Untertanen	195
1.	Der Untertanenstatus der ländlichen Bevölkerung	195
2.	Die Stadtbürger	196
VII.	Reformschrifttum	197
5. Kapitel. Die Einflüsse der Aufklärung und der Untergang des Heiligen Römischen Reiches (1740–1806) 198		
§ 25.	Wandlungen des Rechts- und Staatsdenkens	198
I.	Methoden	199
1.	Vernunftrechtliches Denken	199
2.	Historisches Rechtsdenken	200
II.	Einflüsse des Vernunftrechts	200
1.	Der Staat als Rechtspersönlichkeit	200
2.	Gemeinwohl als Staatszweck	201
3.	Wandlungen des Gesetzesbegriffs	202
4.	Die Idee der Menschen- und Bürgerrechte	202
5.	Die Verfassungsidee	203
III.	Perspektiven der Staatslehre bei Kant und Hegel	204
§ 26.	Die Spätzeit des Reiches und die politische Praxis	205
I.	Politische Gefährdungen der Reichsverfassung	206
1.	Aussterben der Habsburger im Mannesstamm	206
2.	Streit um die Reichskirche und den „Deutschen Fürstenbund“	207
II.	Reichsreformprojekte	208
III.	Förderer aufgeklärter Politik	208
1.	Fürsten	208
2.	Beamte	209
IV.	Ziele aufgeklärter Politik	210
1.	Herrschaft der Gesetze	210

2. Das umfassendste Gesetzeswerk: Preußens Allgemeines Landrecht	210
3. Justizreformen	211
4. Religions-, Bildungs- und Gleichheitspolitik	212
5. Verwaltungsreformen	213
V. Der aufgeklärte Absolutismus im Urteil der Wissenschaft	213
§ 27. Der Verfall der Reichsverfassung seit dem Beginn der französischen Revolutionskriege und die Niederlegung der römischen Kaiserkrone . . .	214
I. Die Verfassungspolitik der deutschen Großmächte	215
1. Erste Auswirkungen der Französischen Revolution	215
2. Territoriale Expansion	216
3. Die Sonderfrieden Preußens und Österreichs mit Frankreich . .	216
4. Vergeblicher Widerstand gegen Eingriffe in die Integrität der Territorien	217
II. Die Neuordnung der Reichsverfassung	218
1. Der Frieden von Lunéville 1801 und der Reichsdeputations- hauptschluß 1803	218
2. Strukturelle Veränderungen durch Säkularisierung und Mediatisierung	219
III. Das Ende des Reiches	220
1. Der Rheinbund	220
2. Die Niederlegung der römischen Kaiserkrone am 6. 8. 1806 . . .	222
 3. Teil. Der monarchische Verfassungsstaat	
 1. Kapitel. Das deutsche Staatensystem zwischen Spätabolutismus und Frühkonstitutionalismus (1806–1848)	
§ 28. Staats- und Gesellschaftsreformen	223
I. Motive der Reformpolitik in Preußen und in den Rheinbundstaaten	224
II. Verwaltungsreformen	225
1. Neuordnung der regionalen Verwaltungseinrichtungen	225
2. Die Einrichtung von Fachministerien	226
3. Der Staatsrat	227
4. Die Verstaatlichung der Gemeinden und die preußische Städteordnung von 1808	228
5. Wandel des Beamtenbegriffs	228
III. Gesellschaftspolitische Reformmaßnahmen	228
1. Bauernbefreiung und Grundentlastung	228
2. Die Modernisierung der privatrechtlichen Eigentumsordnung durch den Code civil	230
3. Gewerbefreiheit	230
IV. Reformbarrieren: Vorrechte des Adels und Minderrechte der Juden	231
§ 29. Verfassungsurkunden und Verfassungspraxis im Vormärz	231
I. Erste Ansätze einer konstitutionellen Verfassungspolitik	233
1. Die Verfassungen der Rheinbundstaaten	233
2. Preußische Verfassungspläne	234

3.	Die süddeutsche Verfassungsgesetzgebung von 1818/19 und die mitteldeutschen Verfassungen von 1831/33	235
II.	Strukturen des deutschen Frühkonstitutionalismus	236
1.	Unverletzlichkeit des Monarchen und Ministerverantwortlichkeit	236
2.	„Stände-Versammlungen“	237
3.	Staatsbürgerrechte	238
4.	Die sog. Domänenfrage	238
III.	Verfassungstheorien	239
1.	Die Lehre vom monarchischen Prinzip	239
2.	Die liberale Staatstheorie	239
IV.	Die frühkonstitutionelle Verfassungspraxis	240
1.	Monarchische Regierung und Gesetzgebung der Landtage	240
2.	Verfassungskonflikte	241
§ 30.	Deutscher Bund und deutsche Einheitsbestrebungen	241
I.	Verfassungspläne am Ende der napoleonischen Ära	242
II.	Die Bundesverfassung	244
1.	Zweck, Struktur und politische Mittel des Bundes	244
2.	Gemeinsame verfassungspolitische Ziele der Mitgliedstaaten	245
3.	Das Bundesgebiet	245
III.	Die repressive Sicherheitspolitik des Deutschen Bundes	246
1.	Die Karlsbader Beschlüsse	246
2.	Die Bundespraxis	246
IV.	Nationale Bewegung und bürgerliche Vereinsbildung	247
V.	Der Deutsche Zollverein	248
	2. Kapitel. Auf dem Wege zum Nationalstaat (1848–1871)	248
§ 31.	Die Verfassungspolitik der Revolutionszeit und die Reichsverfassung von 1849	248
I.	Politische Bewegungen in der Zeit des Vormärz	249
II.	Der Weg zur ersten deutschen Nationalversammlung	250
1.	Revolutionäre Verfassungspolitik im Frühjahr 1848	250
2.	Ansätze zu einer Reform des Deutschen Bundes	251
3.	Die Wahlen zur Nationalversammlung	252
III.	Das Verfassungsleben der Nationalversammlung	252
1.	Zusammensetzung des Parlaments	252
2.	Entstehung von Parteien und politischen Vereinen	253
3.	Die Einrichtung einer Zentralgewalt	254
4.	Das Verhältnis von Parlament und Regierung	255
IV.	Die Beratungen über die Reichsverfassung	255
1.	Grundrechte	255
2.	Staatsorganisation	256
V.	Das Scheitern der Reichsverfassung	257
1.	Zurückweisung der Kaiserwürde durch den preußischen König	257
2.	Vergeblicher Kampf für die Reichsverfassung	257
§ 32.	Nachrevolutionäre Einigungspolitik und Verfassungsgestaltung	258
I.	Deutschlandpolitik im Zeichen der preußisch-österreichischen Rivalität	259

1.	Preußens „Erfurter Union“ und ihr Scheitern	259
2.	Vergebliche Versuche einer Reform des Deutschen Bundes	260
3.	Ansätze einer deutschen Rechtseinheit	261
4.	Die Krise des Deutschen Bundes	262
II.	Preußen als Verfassungsstaat	262
1.	Preußische Verfassungspolitik 1848/50	262
2.	Die preußische Verfassung von 1850	263
3.	Der preußische Verfassungskonflikt	264
III.	Der österreichische Neo-Absolutismus	266
IV.	Die Rechtspolitik der deutschen Staaten	266
V.	Anfänge einer modernen gemeindeutschen Staatslehre	267
§ 33.	Gesellschaftsnahe Verfassungsebenen	267
I.	Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft	268
II.	Die Entwicklung der Gesellschaftsordnung zwischen Freiheit und Reglementierung	269
1.	Altständische Relikte der Adels- und Agrargesellschaft	269
2.	Gewerbe- und Unternehmensfreiheit	270
3.	Berufsständische Ordnungsmodelle	271
4.	Organisationsformen der Arbeiterschaft	271
5.	Anfänge des modernen Genossenschaftswesens und der Betriebsverfassung	273
6.	Die Judenemanzipation	273
III.	Die Kommunalverfassung	273
IV.	Staat und Kirche	274
3. Kapitel.	Das deutsche Kaiserreich (1867/71–1918)	275
§ 34.	Reichsgründung und Reichsverfassung	275
I.	Der Norddeutsche Bund	276
1.	„Revolutionäre“ Elemente der Staatsgründung Bismarcks	276
2.	Verfassungspraxis und politische Ziele	276
II.	Die Reichsgründung als politischer Prozeß	277
1.	Geschichtliche Rahmenbedingungen	277
2.	Preußen und die süddeutschen Staaten nach 1866	277
3.	Der diplomatische Konflikt mit Frankreich	278
4.	Der Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund und die Kaiserproklamation von 1871	278
III.	Verfassungsfragen	279
1.	Verfassungspolitische Ziele Bismarcks	279
2.	Die Verfassungsdebatte von 1867 und die Änderungen von 1871	280
3.	Das Staatsorganisationsrecht der Bismarckschen Reichsverfassung	281
IV.	Die Legitimitätsfrage	282
§ 35.	Das „System Bismarck“	283
I.	Gesellschaft und nationales Denken im Deutschen Reich	284
II.	Die Verfassungspraxis	285
1.	Reichskanzler und Reichsämtler	285
2.	Der Bundesrat	286

3.	Die Parteien	287
III.	Verfassungspolitische Grenzfragen der Politik Bismarcks	288
1.	Kulturkampf	288
2.	Abkehr von der liberalen Freihandelspolitik	289
3.	Sozialistengesetzgebung	289
4.	Regierungspolitik mit wechselnden Reichstagsmehrheiten	290
IV.	Der Ausbau des Rechtsstaates	291
§ 36.	Vom „persönlichen Regiment“ des Kaisers zur „Parlamentarisierung“	292
I.	Der Kaiser und die Reichsleitung nach dem Abschied Bismarcks	293
1.	Der Selbstregierungsanspruch Kaiser Wilhelms II.	293
2.	Reichskanzler und Staatssekretäre	294
II.	Der Reichstag	295
1.	Reichstag und Reichsleitung	295
2.	Parteigründungen	295
3.	Parlamentarisierungstendenzen	296
III.	Grundlegung des Sozialstaates	297
IV.	Politische Handlungsräume der deutschen Bundesstaaten	298
V.	Die Kolonialherrschaft	298
VI.	Die Staatsrechtslehre im Kaiserreich	299
VII.	Verfassungsentwicklungen im Ersten Weltkrieg	300
1.	Die Reichsverfassung unter Kriegsbedingungen	300
2.	Die Intensivierung der Staatstätigkeit	301
 4. Teil. Zwischen Demokratie und Diktatur		
 1. Kapitel. Die Weimarer Republik (1918–1933) 302		
§ 37.	Die Errichtung der Republik und die Weimarer Reichsverfassung	302
I.	Der quasilegale Übergang von der Monarchie zur Republik	303
1.	Das deutsche Waffenstillstandsangebot	303
2.	Revolutionäre Unruhen	304
3.	Die Ausrufung der Republik am 9. November 1918 und die Übertragung des Reichskanzleramtes auf Friedrich Ebert	304
4.	Verfassungsgeschichtliche Würdigung	305
II.	Revolutionäre Wurzeln der Republik	306
1.	Die Arbeiter- und Soldatenräte und der Rat der Volksbeauftragten	306
2.	Die Entscheidung gegen das Rätensystem und für die Wahl einer Nationalversammlung	307
III.	Die Entstehung der Weimarer Reichsverfassung	308
1.	Der Verfassungsentwurf von Hugo Preuß	308
2.	Zusammensetzung und Beratungen der Nationalversammlung	308
IV.	Die Regelungen der Weimarer Reichsverfassung	309
1.	Das Staatsorganisationsrecht	309
2.	Grundrechte und Grundpflichten	310
3.	Das Reich und die Länder	311
4.	Das Staatskirchenrecht	311

§ 38.	Verteidigung und Niedergang der Demokratie	313
	I. Verfassungspolitische Krisen 1919 bis 1923	314
	1. Gründe der politischen Radikalisierung	314
	2. Bewaffnete Aufstände und politische Morde	315
	3. Revolutionäre und separatistische Bewegungen im Jahre 1923	316
	4. Anwendung und Ausdehnung des Notverordnungsrechts	317
	II. Die Konsolidierung der Republik seit 1924	318
	1. Parlament und Regierungen	318
	2. Das Amt des Reichspräsidenten	319
	3. Plebiszite	319
	4. Versagen des parlamentarischen Systems in der Wirtschaftskrise 1929	319
	III. Reformpolitik	320
	1. Das Projekt einer Reichsreform	320
	2. Sozialstaatliche Reformen	320
	IV. Politische Theorien und Mentalitäten	321
	1. Staatsrechtliche Theoriebildung	321
	2. Das Denken der „konservativen Revolution“	322
	V. Die Krise der parlamentarischen Demokratie	322
	1. Die Präsidialdiktatur Heinrich Brünnings	322
	2. Franz von Papens Projekt eines „präsidialautoritativen Staates“	323
	3. General von Schleichers Versuch einer „nationalen Konzentration“	324
2. Kapitel.	Der nationalsozialistische Führerstaat (1933–1945)	325
§ 39.	Die Zerstörung der Weimarer Reichsverfassung	325
	I. Hitlers Berufung zum Reichskanzler und sein politischer Hintergrund	326
	1. Die Initiative von Papens	326
	2. Ziele und politische Praktiken Hitlers vor 1933	326
	II. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten	327
	1. Unterdrückung politischer Gegner durch die Notverordnungen vom 4. und 28.1.1933	327
	2. Das Ermächtigungsgesetz vom 24.3.1933	328
	3. Die Gleichschaltung der Länder	329
	III. Legale Machtübernahme durch die Nationalsozialisten?	330
§ 40.	Führerprinzip und „Volksgemeinschaft“	331
	I. Die Führerideologie	332
	II. Gleichschaltung der Gesellschaft	333
	1. Die Beseitigung der Meinungsfreiheit	333
	2. Zwangsvereinigung der „Volksgemeinschaft“	333
	3. Disziplinierung der Beamten und der Wehrmacht	334
	4. Ausgrenzung und Verfolgung von „Minderwertigen“	335
	III. Strukturen des Führerstaates	335
	1. Reichskommissare und Sonderbevollmächtigte	335
	2. Hitlers Führungsstil	337
	3. Der „SS-Staat“	337
	4. Der Niedergang der Justiz	338

IV. Verbrechen als Staatsaufgabe	339
V. Verfassungspolitische Vorstellungen im deutschen Widerstand . . .	339
VI. Die These vom Doppelstaat	340
3. Kapitel. Die Teilung Deutschlands und die Entstehung der Nachfolgestaaten (1945–1949)	341
§ 41. Besatzungsregime und staatliche Reorganisation	341
I. Der Übergang der deutschen Staatsgewalt auf die Alliierten	343
1. Alliierte Planungen bis zum Ende des Krieges	343
2. Faktischer Übergang der Macht	344
II. Die Errichtung des Besatzungsregimes	344
1. Das Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945	344
2. Die Viermächteverwaltung Deutschlands	345
3. Frankreichs Veto gegen deutsche Zentralverwaltungen	346
4. Die verfassungspolitischen Ziele der Alliierten	346
III. Staatliche Reorganisation in den Westzonen	347
1. Militärregierungen und deutsche Verwaltungen	347
2. Bildung der westdeutschen Länder	348
3. Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen und „Entnazifizierung“	348
4. Die Entstehung der Länderverfassungen	350
IV. Staatliche Reorganisation in der sowjetischen Besatzungszone . . .	351
1. Militärregierung und deutsche Verwaltung	351
2. Die „antifaschistisch-demokratische Erneuerung“	352
3. Die Entstehung der Länderverfassungen	353
V. Ansätze zur Integration der Besatzungszonen	354
1. Die westdeutsche Bizonen-Verwaltung	354
2. Die Konferenzen der Ministerpräsidenten	355
§ 42. Die Entstehung des Grundgesetzes und des Verfassungssystems der DDR	356
I. Die Entscheidung für den westdeutschen Teilstaat	357
1. Die Londoner Sechsmächtekonferenz im Frühjahr 1948	357
2. Der alliierte Verfassungsauftrag	358
3. Beratungen der Ministerpräsidenten und deutsch-alliierte Verhandlungen	358
II. Die Beratungen über das Grundgesetz	359
1. Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates	359
2. Verfahren, Probleme, Verkündung der Verfassung am 23. 5. 1949	360
3. Die Entscheidungen des Grundgesetzes	360
4. Zur geschichtlichen Bedeutung der Verfassungsgebung	361
5. Das Besatzungsstatut	362
III. Die Gründung der DDR	362
1. Erste Elemente eines sozialistischen Verfassungssystems: „Deutscher Volkskongreß“ und „Deutscher Volksrat“	362
2. Verfassungsberatungen im Zeichen des Blocksystems	363
3. Die Regelungen der DDR-Verfassung	363

4. Kapitel. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik (1949–1990)	364
§ 43. Das Ende der Besatzungshoheit und die Westintegration der Bundesrepublik	364
I. Von besatzungsrechtlichen zu integrationsbedingten Souveränitäts- beschränkungen	365
II. Besatzungsrecht und Besatzungspolitik der Alliierten	366
1. Erste Einschränkungen des Besatzungsstatuts	366
2. Schwierigkeiten und Folgen besatzungspolitischer Maßnahmen	367
3. Vertragliche Regelungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten	367
4. Das Problem der Souveränität	368
5. Die Rechtsstellung Berlins	368
III. Die Bundesrepublik auf dem Weg in die europäische Integration ..	369
1. Der Europagedanke	369
2. Die erste Phase der Westintegration 1949/54	369
3. Die Römischen Verträge vom 25.3.1957 und die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	371
4. Stagnation und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft ..	372
IV. Europa und das Deutsche Reich	373
1. Wiedergutmachung als Sühne für die Vergangenheit	373
2. Die juristische Fortdauer des deutschen Gesamtstaates	374
§ 44. Verfassungsgeschichte unter dem Grundgesetz	375
I. Verfassungsänderung und Verfassungswandel	378
II. Änderungen des Grundgesetzes	379
1. Häufigkeit und politische Voraussetzungen	379
2. Die wichtigsten Ergänzungen der Verfassung	380
III. Entwicklungen des Staatsorganisationsrechts	381
1. Zunehmende Bedeutung der Parteien	381
2. Bundestag und Bundesregierungen	382
3. Das Amt des Bundespräsidenten	383
4. Wandlungen der bundesstaatlichen Ordnung	384
5. Kompetenzgewinne des Bundesrates	385
6. Das Bundesverfassungsgericht	386
IV. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Grundrechten	387
1. Grundrechte als Freiheitsrechte und objektive Wertordnung ..	387
2. Die „Ausstrahlung“ der Grundrechte auf die Rechtsordnung ..	389
V. Die Rechtspolitik der Bundesrepublik	389
VI. Das Sozialstaatsprinzip	390
1. Die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung	390
2. Gesetzgebung	391
VII. Verfassungsordnung und Gesellschaft	391
1. Die marktwirtschaftliche Ordnung	391
2. Gesellschaftspolitische Ziele der Gewerkschaften	392
3. Verbände und Kirchen	393
4. Außerparlamentarische Opposition	393
VIII. Deutsche Vergangenheit und Legitimität der Bundesrepublik ..	394

§ 45. Die Deutsche Demokratische Republik	396
I. Staatstheoretische Grundlagen	398
1. Der marxistisch-leninistische Staatsbegriff	398
2. Der sozialistische Rechtsbegriff	399
II. Sozialistische Verfassungsprinzipien	399
1. Die führende Rolle der SED	399
2. Demokratischer Zentralismus	400
3. Sozialistische Gesetzlichkeit	400
4. Das Grundrechtsverständnis der DDR	401
III. Entwicklungen der Staatsorganisation bis 1968/71	402
1. Schaffung zentralistischer Strukturen	402
2. Die Errichtung des Staatsrats als Herrschaftsinstrument Walter Ulbrichts im Jahr 1960	402
3. Ministerrat und Volkskammer	403
IV. Anpassung des Verfassungstextes an die Verfassungsentwicklung . .	403
1. Die Verfassung von 1968	403
2. Die Entmachtung Walter Ulbrichts im Jahr 1971	404
V. Die Ostintegration der DDR	405
VI. Die Einheit von Staat und Partei	405
1. Politische Einheit und institutionelle Trennung	405
2. Selbstverständnis und Programmatik der SED	406
3. Die Parteiorganisation der SED	406
VII. Rechtsunsicherheit und Rechtsschutz	407
1. Das Ministerium für Staatssicherheit	407
2. Gerichtsbarkeit ohne Gewaltenteilung	408
3. Das Eingabewesen	408
4. Gesellschaftliche Gerichte	409
VIII. Einheit von Staat und Gesellschaft als politisches Ziel	409
1. Verstaatlichung der Industrie und Zwangskollektivierung der Landwirtschaft	409
2. „Sozialistische Moral“ und Massenorganisationen	409
3. Der Aufstand vom 17.6.1953	410
4. „Fraktionsbildungen“ und Dissidenten	411
5. Die Kirchen	411
IX. Probleme einer historischen Deutung der DDR	412
1. „Unrechtsstaat“?	412
2. Die Totalitarismus-These	412
3. Die DDR vor dem Hintergrund der neueren geschichtlichen Entwicklung	413
§ 46. Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bis 1989	414
I. Die Deutschlandpolitik der DDR	414
II. Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik	416
1. Die Zeit der Kanzlerschaft Konrad Adenauers	416
2. Deutschlandpolitische Pläne der oppositionellen SPD und neutralistischer Kreise	418
3. Die Berlin-Krise von 1958 bis 1963	418
4. Beginn einer „Normalisierung“ in der Zeit der großen Koalition 1966–1969	419

5. Die Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition und der Grundlagenvertrag von 1972	419
III. Die „Normalität“ der geteilten Nation 1972 bis 1989	420
§ 47. Die Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung	421
I. Der Zerfall des politischen Systems der DDR	422
1. Politische und ökonomische Schwierigkeiten in den achtziger Jahren	422
2. Die Zuspitzung der Krise seit dem Sommer 1989	423
3. Bürgerbewegungen und Demonstrationen	423
4. Die Öffnung der Berliner Mauer und der Zusammenbruch der SED-Herrschaft	424
II. Demokratisch-rechtsstaatliche Reformen der DDR	425
1. Gesetzgebung der „alten“ Volkskammer	425
2. Die politische Rolle der „Runden Tische“	425
3. Die Deutschlandpolitik der DDR nach der Volkskammerwahl vom 18.3.1990	426
4. Die Verfassungsbewegung in den Ländern	427
III. Deutsch-deutsche Verfassungspolitik im Schatten des revolutionären Umbruchs in der DDR	427
1. Der Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers	427
2. Die deutsch-deutsche Vertragspolitik	428
IV. Rechtsgrundlagen der Wiedervereinigung	429
1. Der Beitrittsbeschluß der Volkskammer vom 23. August 1990	429
2. Der Einigungsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten vom 31. August 1990	429
3. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag	429
4. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik als verfassungsrechtliches Problem	430
V. Rechtsprobleme der Wiedervereinigung	431
1. Eigentumsprobleme	431
2. Strafrechtliche „Aufarbeitung“ des Schußwaffengebrauchs an den Grenzen der DDR	432
3. Fazit: Widersprüchliche Konzepte der „Vergangenheitsbewältigung“	432
Anhang	433
1. Zeittafel	433
2. Historische Karten	450
Namensverzeichnis	457
Verzeichnis der Orte, Territorien und Landschaften	463
Sachverzeichnis	469

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG